



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2013/2093(INI)

25.7.2013

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

über den Europäischen Aktionsplan für den Einzelhandel zum Nutzen aller
Beteiligten
(2013/2093(INI))

Verfasser der Stellungnahme: David Casa

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. erkennt die Bedeutung des Einzelhandelssektors an, in dem beinahe 15 % aller Arbeitnehmer in der EU – sowohl qualifizierte als auch nichtqualifizierte – beschäftigt sind, und erkennt insbesondere seine Bedeutung für junge Menschen an; stellt außerdem fest, dass 29 % aller Unternehmen in der EU, darunter ein außerordentlich hoher Anteil an KMU, in diesem Sektor tätig sind;
2. weist darauf hin, wie wichtig es ist, gegen die Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Fähigkeiten der Arbeitskräfte und den im Einzelhandelssektor geforderten Fähigkeiten anzugehen, um die Beschäftigungsfähigkeit – insbesondere von jungen Menschen, Langzeitarbeitslosen, älteren Arbeitnehmern und von Menschen mit Behinderungen – zu verbessern und zu prüfen, inwieweit es notwendig ist, Fähigkeiten regelmäßig weiterzuentwickeln, damit es Arbeitnehmern ermöglicht wird, neue innovationsbedingte Aufgaben zu übernehmen;
3. betont, dass vorhandene Instrumente auf EU-Ebene vielfältiger eingesetzt werden müssen, um strukturierte Partnerschaften zwischen Ausbildungseinrichtungen und Unternehmen, einschließlich der Allianzen für branchenspezifische Fertigkeiten, im Rahmen des Programms „Erasmus für alle“ zu unterstützen; empfiehlt, Partnerschaften zwischen Ausbildungseinrichtungen und Unternehmen, wie etwa duale Ausbildungssysteme, die von der Europäischen Ausbildungsallianz gefördert werden, zu entwickeln;
4. fordert, dass innovative KMU, die auf neue Markterfordernisse eingehen und umweltfreundliche Tätigkeiten vorantreiben, vermehrt unterstützt und gefördert werden;
5. erkennt wichtige neue Entwicklungen, die die Erbringung von Einzelhandelsdienstleistungen effizienter machen und ruft dazu auf, solche Entwicklungen, auch im Rahmen des digitalen Binnenmarkts, zu fördern; fordert eine zusätzliche Unterstützung für kleinere Einzelhändler, da sie im Allgemeinen weniger in der Lage sind, mit dem technologischen Wandel Schritt zu halten;
6. stellt fest, dass nicht angemeldete Erwerbsarbeit im Einzelhandelssektor ein wichtiges Thema darstellt, da sie hohe soziale Risiken und ein niedriges Einkommen für die Beschäftigten mit sich bringt, die obendrein von Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen ausgeschlossen sind; fordert eine ordnungsgemäße Umsetzung des geltenden Sozial- und Arbeitsrechts; begrüßt die Initiative der Kommission, im Rahmen der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einen Dialog mit den Interessenträgern im Einzelhandelssektor aufzunehmen, um die Auswirkungen der informellen Wirtschaft auf die Arbeitsbedingungen zu bewerten und ein EU-Konzept zur Bekämpfung der informellen Wirtschaft zu entwerfen.